

## **Dynamik universitärer Systeme in Europa**

Prof. Ernst-Ludwig Winnacker, Brüssel

*Rede anlässlich der Verleihung der ÖAW-Stipendien (APART, DOC, DOC-fFORTE, DOC-team und MAX-KADE) am 26.1.2007*

Der Titel dieses Vortrages weckt hohe Erwartungen. Man könnte geneigt sein zu glauben, das Wort von Karl Jaspers über die Universität als dem Ort, wo sich das hellste Bewusstsein der Zeit sammelt, hätte unverändert Gültigkeit.

Andererseits lägen die oder der, die die Realität an vielen europäischen Universitäten kennen, auch nicht ganz falsch, wenn sie in diesem Titel eine *contradiction in adiecto* erkennen und sich einer Anekdote des ehemaligen Harvard-Präsidenten James B. Conant erinnern. Der hatte einmal festgestellt, dass eine Universität zu reorganisieren genauso schwierig sei, wie einen Friedhof zu verlegen. Es gäbe keine Unterstützung von innen heraus.

So schlimm ist die Lage des Bildungs- und Forschungssektors in Europa sicherlich nicht. Dennoch lohnt es, den Zustand der Universitäten in Europa zu hinterfragen und zu untersuchen, wo denn Raum für Verbesserungen ist. Das Problem ist unschwer definiert und schnell auf den Punkt gebracht. In den USA wird akzeptiert, dass sich unter den vielleicht 3000 Universitäten ca. 100 erstklassige Forschungsuniversitäten finden, während in Europa jede der ebenfalls etwa 3000 Universitäten den Anspruch erhebt, eine Spitzenuniversität zu sein. Weil dies so ist, wird das Geld über sie nach dem Gießkannenprinzip ausgeschüttet. So erringt kaum eine von ihnen Weltklasse. Warum ist das so? Weil weder der Freistaat Bayern, noch das Königreich Dänemark oder die Republik Frankreich es akzeptieren können, dass die ETH Zürich auch ihre Elitehochschule ist und stattdessen den falschen Ehrgeiz entwickeln, eine oder mehrere eigene Spitzenuniversitäten aufzubauen, mit dem bekannten Ergebnis,

dem Ergebnis nämlich, dass mit wenigen Ausnahmen europäische Universitäten in internationalen Rankings keine Spitzenplätze einnehmen.

Dies liegt allerdings längst nicht nur an der Fragmentierung unseres Kontinents, sondern auch an den veränderten Ansprüchen der Industriegesellschaften.

Während in Zeiten, als die Universität Humboldtscher Prägung konzipiert wurde, nur wenige Prozent eines Jahrgangs die Universität aufsuchten, sollen es heutzutage 40-50% sein. Angesichts des konstanten Anteils von Begabungen und Talenten ist klar, dass eine moderne Massenuniversität andere Prioritäten und Maßstäbe setzen muss, als die Berliner oder die Göttinger Universität der 20-er Jahre.

Die Antwort auf diese Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit, also der gleichzeitigen Ausbildung zur Wissenschaft einerseits und zur immer wichtiger werdenden Praxis- und Berufsnähe andererseits, ist ein Spagat, der in Europa in der Regel nicht geleistet werden konnte. Ein erster, wichtiger Schritt zu einer Lösung hin, war die Auftrennung des Systems in Fachhochschulen und Universitäten, also in Institutionen, die praxisnah oder die forschungsnah lehren. Leider ist man fast überall auf diesem Wege lange vor dem gewünschten Ziel stecken geblieben, denn der Anteil der Studierenden an Fachhochschulen liegt derzeit beispielsweise in Deutschland bei nur 30%. Dabei müsste es eher umgekehrt sein, also 70% Fachhochschule und 30% Universität. Die Zahl der Fachhochschulplätze ist aber derart knapp, dass Kandidaten, die die Aufnahme an die Fachhochschule nicht schaffen, an die Universität geschickt werden. Das war nicht Sinn und Zweck der Übung,

Zu den dringlichsten Aufgaben einer modernen Hochschulpolitik gehört daher der Ausbau des Fachhochschulsystems. Es ist wirklich nicht einzusehen, warum beispielsweise die 80% der Pharmazeuten, die nachher in Apotheken arbeiten,

unbedingt alle promoviert haben müssen. Vieles aus der Universität gehört daher in die Fachhochschule ausgelagert. Die Tendenz allerdings ist umgekehrt, wie der englische Name für die Fachhochschulen bereits andeutet, *University of Applied Sciences*. In diesem Sinne bin ich sehr gespannt, wie lange noch die Politik dem Druck Paroli bieten kann, auch den Fachhochschulen das Promotionsrecht zu gewähren.

Die mangelnde Flexibilität von Hochschulsystemen hat auch andere Mechanismen der Differenzierung zur Folge, nämlich die Ausgliederung besonders anspruchsvoller Bereiche der wissenschaftlichen Forschung. Ein erstes Beispiel dieser Art war die Kaiser-Wilhelm, heute Max-Planck-Gesellschaft, mit deren Gründung schon 1911 versucht wurde, Freiräume für die Besten der Besten zu schaffen. Inzwischen gibt es nahezu überall eine Kultur der außeruniversitären Forschung. Diese ist einerseits legitim, da der Staat Vorsorgeforschung für seine Bürgerinnen und Bürger bereit zu stellen hat. Andererseits führt sie oft, allzu oft ein Eigenleben, das diese Aufgabe kaum rechtfertigt. In Deutschland existieren mehrere Parallelkulturen dieser Art, die sich als Helmholtz-Gemeinschaft, Leibniz-Gemeinschaft und Fraunhofergesellschaft formiert haben. Es ist nicht leicht zu sagen, ob und wenn ja, wie viel außeruniversitäre Forschung sinnvoll ist und wie viel nur zur Versäulung von Forschungssystemen führt, die Ressourcen verschleudert und, im Extremfall, die Universitäten letztlich ausblutet. Was auch immer geschieht, es ist deshalb wichtig, sie eng an die Universitäten anzubinden.

Lange, zu lange jedenfalls haben wir gewartet, solchen Diskussionen zuvorzukommen und an der Institution Universität, definiert als wissenschaftlicher Hochschule, selbst anzusetzen und zu versuchen, sie zu diversifizieren. Gibt es tatsächlich nur die Massenuniversität der heutigen Art, gibt es nur den einen Weg zu einem wissenschaftadäquaten Rom, lässt sich der

Weg zu wissenschaftlicher Exzellenz in Forschung und Lehre tatsächlich mit dem wissenschaftlichen Korsett schaffen, dass wir in der Regel als Hochschulgesetz bezeichnen? Oder lassen sich gegebenenfalls Rahmen schaffen, die die notwendige Flexibilität ermöglichen?

Notwendige Flexibilität ist mir ein wichtiges Stichwort, weil es auf eine grundlegende Veränderung des Wesens der Wissenschaft hinweist, wie wir es seit einiger Zeit erleben, und der jede Hochschulreform, die diesen Namen verdient, zugrunde liegen muss. Ich meine die Analyse komplexer natürlicher oder auch technischer Systeme, die uns zu einer neuen Herausforderung geworden ist. Natürlich bin ich mir der großen Bedeutung des Reduktionismus bewusst, ohne den die ungeahnten Fortschritte der vergangenen 300 Jahre in unserem Verständnis von uns selbst und der uns umgebenden Natur nicht zu denken sind. Das Wissen um Naturgesetze und Elementarteilchen war und ist Voraussetzung für den gegenwärtigen Stand der Technik und damit die Qualität unserer Existenz. Aber es gibt zahllose Systeme, die sich diesem Ansatz entziehen, die sich aus dem Studium ihrer Teile heraus nicht verstehen lassen. Denken sie nur an das menschliche Gehirn, das menschliche Genom, an das expandierende Universum, an das dynamische System Erde mit seinen Vulkanen und Erdbeben oder auch an die Finanzmärkte. Diese Systeme sind emergent, in dem sie mehr darstellen als die Summe ihrer Teile. Denken sie nur an das Nervensystem. Wir kennen heute die Zusammensetzung von Nervenzellen in großem Detail. Nichts aus diesen Daten allerdings deutet darauf hin, dass hundert Milliarden von ihnen sich zu einem System zusammen lagern, das zu höheren kognitiven Leistungen befähigt. Mit dem menschlichen Genom ist es nicht anders. Die Zahl der Gene im menschlichen Genom ist heute etwa gleich groß wie die im Genom des Huhns oder der Fliege, ca. 21.000. Die bekannten Unterschiede zwischen diesen drei Organismen, also Mensch, Huhn und Fliege, lassen sich offensichtlich auf dieser Ebene, also der des Genoms,

nicht festmachen. Sie verlangen Untersuchungen auf neuen, höheren Ebenen der Komplexität, die über denjenigen der Einzelteile liegen. Ob die Aufteilung der Universität in die klassischen Fakultäten dieser Problematik noch gerecht wird?

Die Institution Universität ist in vieler Hinsicht auch zum Gradmesser des Zustands unserer Gesellschaft geworden und wird deren Anforderungen oft nicht mehr gerecht. Ob es um Bildungsexport geht, um die internationale Sichtbarkeit der Systeme geht, ob um die Eingliederung von Frauen in unsere Arbeitswelt, überall wäre im Grunde die Universität, nicht zuletzt wegen ihrer Vorbildfunktion, gefragt. Der Bildungsexport ist unter den europäischen Universitäten praktisch nur von den britischen entdeckt worden. Einer Zahl von 140.000 Studierenden an britischen Bildungseinrichtungen im Ausland stehen nur 6.500 Studierende an vergleichbaren deutschen Einrichtungen gegenüber. Wer im Ausland, also international bekannt werden will, der muss sich solcher Mittel ebenso bedienen, wie einer Erhöhung der Zahl der ausländischen Hochschullehrer. In den USA werden 60% der Forschungsleistung von Ausländern erbracht, an der ETH Zürich sind 60% der Professoren Ausländer, unter den Direktoren der Max-Planck-Gesellschaft immerhin 40%. An den Universitäten in Deutschland beträgt dieser Anteil gerade einmal 4%.

Es fehlen aber nicht nur Ausländer, es fehlen überhaupt Forscher, die ihren Beruf in Europa ausüben wollen. Jedenfalls ist ihr Anteil an der arbeitenden Bevölkerung insgesamt nur halb so groß, wie in den USA oder Japan. In diesem Zusammenhang ist auch die demographische Entwicklung zur Herausforderung geworden. In Deutschland beispielsweise sind nur 20% der Forscher zwischen 25 und 35 Jahren alt, dafür aber 45% zwischen 45 und 65. In den USA ist es genau umgekehrt. Junge Nachwuchswissenschaftlerinnen und –wissenschaftler brauchen gute Gründe, nicht in die USA oder nach Kanada auszuwandern, sondern hier zu bleiben oder gar nach hier einzuwandern. Wir müssen sie gut

behandeln, ihnen interessante Arbeitsmöglichkeiten und Perspektiven für ihre Arbeit bieten.

Wer über diese Dinge nachdenkt und sie Revue passieren lässt, dem fällt eines auf, nämlich wie sehr es in Europa auf dem Bildungs- und Forschungssektor an Wettbewerb mangelt, an Wettbewerb um alles, um Ressourcen, um Köpfe, um Standorte. Meine einzige und Hauptthese für diesen heutigen Beitrag lautet daher: unsere Bildungs- und Forschungssysteme müssen sich dem Wettbewerb öffnen oder müssen dem Wettbewerb geöffnet werden, dem nationalen, dem europäischen und dem globalen Wettbewerb. Ich will dies an zwei Beispielen erläutern, der Exzellenzinitiative in Deutschland und dem European Research Council.

In Deutschland wurde vor gut zwei Jahren das Wort Elite erstmals wieder hoffähig. Schnell wollte man damals, in der zweiten Hälfte 2004, die verlorene Zeit wieder gut machen und, von oben herab, einige Universitäten zu Eliteuniversitäten erklären. Dieser Weg erwies sich wegen des Widerstands von Seiten der Wissenschaft als nicht gangbar, so dass der Gedanke an die Ausschreibung eines Wettbewerbs geboren wurde. Die Geburt war schwierig, wegen der Autonomie und Hoheit der Bundesländer über ihre Universitäten und wahrscheinlich wegen der unterschwellig, aber nur unter der Hand geäußerten Sorge einiger Bundesländer, ihre Hochschulen könnte in einem solchen Wettbewerb weniger gut aussehen, als andere. Dennoch wurde Mitte 2005 grünes Licht erteilt und die Deutsche Forschungsgemeinschaft zusammen mit dem Wissenschaftsrat beauftragt, einen Wettbewerb um drei Förderinstrumente zu organisieren, um Graduiertenschulen von jeweils einer Million Euro pro Jahr, um Exzellenzentren oder –cluster von 6.5 Millionen Euro pro Jahr und um den Titel Spitzenuniversität, also darum, ob man als Universität für den internationalen Wettbewerb gut aufgestellt ist. Insgesamt stehen 1.9 Milliarden

Bundesmittel für einen Zeitraum von fünf Jahren zur Verfügung, also 380 Millionen Euro pro Jahr. Das ist viel Geld. Wenn man es in Stellen umrechnet, ca. 4.000 bis 6.000 Stellen für hochqualifiziertes Personal. Eine echte Zukunftsperspektive für den wissenschaftlichen Nachwuchs.

Die Organisation dieses Wettbewerbs war nicht einfach, da er neben dem normalen Geschäft zu erfolgen hatte und da er eine neue Dimension der Befangenheit aufwarf. Wenn nahezu jeder Wissenschaftler in Deutschland beteiligt war, dann mussten wir uns nahezu ausschließlich auf ausländische Gutachter stützen. Was auch gelang, vor allem vielleicht deshalb, weil sich außerordentlich viele unserer ausländischen Kolleginnen und Kollegen für diese so neue Aufgabe interessierten und weil sie fühlten, wirklich etwas bewirken zu können. Am Ende waren 95% der ca. 400 Gutachter in den 24 Gutachtergruppen aus dem Ausland, 60% aus Europa und 35% aus Übersee.

Noch etwas war neu: Zu jeder Bewilligung gibt es einen Aufschlag von 20% als Beitrag zu den indirekten Kosten der Forschung, der an die Universitäten geht. Es wird also für sie wieder interessant, gute Forscher oder Forscherinnen zu engagieren, während ohne dieses Overhead das Gegenteil der Fall war, weil die Zusatzkosten für einen Forschungsantrag aus dem Besitzstand der eigenen Kolleginnen und Kollegen genommen wurde, und diese daran insgesamt nur wenig Freude hatten. Inzwischen ist es gelungen, diesen Beitrag zu den indirekten Kosten der Forschung auf alle Verfahren der DFG auszudehnen, was aus meiner Sicht vielleicht das langfristig wichtigste Ergebnis dieser Initiative war.

Das Resultat dieser Übung hat aber nicht nur deswegen, sondern insgesamt viel Aufsehen erregt, im In- und Ausland, vor allem wegen des Interesses der Politik und des damit verbundenen Medienrummels. Es stellte sich nämlich heraus, dass

in der ersten Runde vor allem, wenn auch nicht ausschließlich, Universitäten im Süden der Republik zum Zuge kamen und einige Bundesländer völlig leer ausgingen. Wir haben das geahnt, weil die Erfahrungen aus der DFG-Förderung nicht anders waren und sind. Aber so deutlich war das bislang nie an die Öffentlichkeit gelangt und dieser bewusst geworden. Inzwischen hat sich der Sturm etwas gelegt, der Staub gesetzt. Man bezichtigt nicht mehr nur die Sitzungsleitung, die ich damals innehatte, der Bestechlichkeit, sondern fragt sich, was man denn als Bundesland und als Universität tun könnte, um in der zweiten Runde besser abzuschneiden.

Das ist in vieler Hinsicht von Bedeutung, vor allen Dingen auch im Hinblick auf den internationalen Wettbewerb, womit ich in Europa angekommen bin. Aus meiner Sicht steht hier das Konzept des Europäischen Forschungsraums im Vordergrund, das ich für extrem wichtig halte. Es stammt aus den Anfangsjahren dieses Jahrzehnts und hat erstmals dazu geführt, dass sich Wissenschaftler nicht mehr nur mit ihrem nationalen Umfeld, sondern mit Europa identifizieren. Nur wer das tut stellt sich die Frage, ob wir denn in Europa mit unserer Forschungsförderung und unseren Forschungssystemen richtig aufgestellt sind. Sind wir so gut wie unsere Wettbewerber in den USA, Japan und bald China? Muss man als erstes nur in die USA schauen, wenn man danach sucht, etwas Neues zu lernen oder einen Kooperationspartner zu finden? Nichts gegen die USA, überhaupt nichts, aber ist es nicht doch so, dass Wettbewerb nur dann funktioniert, wenn seine Basis möglichst breit ist? Die Europäische Kommission wurde gegründet, um, in den Worten Charles de Gaulles, die Souveränität, die wir teilen wollen, zu organisieren und zu verwalten. Viel zu lange war uns nicht klar, dass zu dieser geteilten Souveränität auch die Wissenschaft und nicht nur eine gemeinsame Wirtschaftspolitik gehören könnte.

Das Unvermögen, sich auch in Sachen Wissenschaft auf europäischer Ebene zu engagieren, lag vielleicht daran, dass man sich in Europa viel zu lange ausschließlich auf die Wirtschaft, auf Innovationen konzentriert, und die Grundlagenforschung aus dem Auge verloren hatte, zumindest als europäische Aufgabe. Aber seien wir ehrlich, die Einsicht, dass grundlegende, so genannte Basis-Innovationen ohne Grundlagenforschung nicht entstehen können, diese Einsicht war auch auf nationaler Ebene lange Zeit nicht opportun. Man muss übrigens fair sein. Auch die Europäische Union hat in ihren Rahmenprogrammen die Grundlagenforschung nicht verboten, aber sie eben nicht explizit ins Auge gefasst und in den Mittelpunkt ihrer Bemühungen gestellt.

Der Europäische Forschungsrat ist genau aus der Einsicht heraus entstanden, dass Innovationen letztlich nur dann entstehen, wenn ein System auch in die Grundlagenforschung investiert. Das ist innerhalb der großen europäischen Forschungseinrichtungen, wie CERN, EMBL, ESO oder ESA natürlich auch bislang geschehen, und sogar innerhalb der Rahmenprogramme, aber vielleicht nicht mit genügend Freiräumen. Insbesondere war klar geworden, dass die fast vierzig Forschungsförder- und Forschungsorganisationen in Europa zusammen zwar an die 20 Milliarden Euro jährlich für Forschung ausgeben, aber dennoch in ihrer Handlungsweise eingeschränkt oder nur beschränkt wirkungsvoll sind.

Das nationale Forschungsfördersystem in Europa ist extrem fragmentiert, mindestens so fragmentiert, wie die Nationalstaaten, aber oft noch weit größer. Im kleinen Belgien gibt es zwei Forschungsfonds, im Vereinigten Königreich acht, wobei hier nicht nach Regionen sondern Fächern differenziert wird. Viele der kleineren Förderorganisationen sind daher nicht in der Lage, ihre besten Forscher wirklich adäquat zu unterstützen. Noch weniger oder seltener gelingt es ihnen, ihre Kräfte zu bündeln und Geld gemeinsam für eine sinnvolle Sache

auszugeben. Das einzige Beispiel, was hier anzuführen wäre, sind die European Young Investigator Awards (EURY), ein Programm der europäischen Nachwuchsförderung, gewesen. In diesem Programm hatten sich ab 2001 zahlreiche Forschungsorganisationen zusammen geschlossen um bis zu 25 höchstqualifizierte Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler jährlich zu fördern. EURY ist eine Erfolgsgeschichte geworden, wird allerdings jetzt in eine ERC-Förderung übergeführt.

Es ist zweitens auch nicht zu übersehen, dass viele der Förderorganisationen in Europa, ganz anders als der FWF oder die DFG, vergleichsweise staatsnah sind, so dass sie Gefahr laufen, nicht-wissenschaftliche Parameter in ihre Förderentscheidungen einfließen zu lassen.

Schließlich führt die Existenz so vieler nationaler Forschungsorganisationen und ihrer national bedingten Abgrenzung vielfach zur Doppel- oder Parallelförderung, zu einem unterkritischen Einsatzes von wissenschaftlichen Großgeräten und damit auch zu einem falschen Eindrucks von wissenschaftlicher Exzellenz. Erst jetzt und viel zu spät hat man begonnen, Erfahrungen in gemeinsamen *peer-review* Aktivitäten zu sammeln.

So soll nun in Europa eine Förderorganisation nach Art des FWFs oder der DFG gegründet werden, also eine Organisation der wissenschaftlichen Selbstverwaltung, in der alle Fächer repräsentiert sind und in der es keinen „juste-retour“, also keinen regionalen Ausgleich geben soll. Allein die wissenschaftliche Qualität der Vorhaben soll zählen. Die Kommission hat nicht nur erklärt, sie wolle keinen Einfluss auf die Arbeit des ERC nehmen, sie will auch als Wächter dieser Autonomie walten. Bewacht hier nicht der Fuchs die Gänse? Nun, bislang hat sich die Kommission und, allen voran, auch der für Forschung zuständige Kommissar, Janec Potocnik, alle Mühe gegeben,

diesbezüglich Wort zu halten. Es ist der Kommission gelungen, einen wissenschaftlichen Beirat, das so genannte Scientific Council nicht nur zu gründen, sondern auch mit 22 hervorragenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zu besetzen. Die Zahl 22 ist dabei wichtig, sie ist geradezu Programm, da eine andere Zahl, nämlich 25, suggeriert hätte, jedes Mitgliedsland habe Anspruch auf eine Stimme. Außerdem hat man mit dem Aufbau einer Geschäftsstelle begonnen, die die vom *Scientific Council* definierten Strategien in die Tat umsetzen soll. Dort bin ich selbst vor drei Wochen angekommen.

Das *Scientific Council* hat inzwischen unter dem Vorsitz von Prof. Fotis Kafatos, dem früheren Direktor des EMBL, sowie zweier Vizepräsidenten, Frau Prof. Helga Nowotny und Prof. Daniel Estève, seine Arbeit aufgenommen und bereits zwei Förderinstrumente konzipiert. Das erste Instrument ist ein Programm für 200-250 Nachwuchsgruppen, das noch vor Jahresende 2006 ausgeschrieben wurde. Die so genannten „Starting Grants“ werden für fünf Jahre ausgeschrieben, wobei die Begutachtung in zwei Schritten geschehen wird. In einer ersten Stufe werden kurze Antragskizzen erwartet, in einer zweiten Stufe dann von den erfolgreichen Kandidatinnen und Kandidaten der ersten Stufe ein etwas ausführlicherer Antrag. Die Bürokratie soll sich so weit als irgend möglich zurücknehmen. Alte Vorurteile gegenüber einer EU-Bürokratie sollten erst gar nicht aufkommen, da das ERC kein unmittelbares Instrument der Kommission ist. Antragsberechtigt sind übrigens alle entsprechend qualifizierten Personen, sofern sie in Europa arbeiten wollen und sofern der Abschluss ihrer Promotion nicht länger als neun Jahre zurückliegt. Das Programm ist also extrem offen und könnte dazu beitragen, auch Nichteuropäer nach Europa zu locken oder zumindest doch europäische Absolventen, die ein Postdoktorat im Ausland absolvieren. Man wird sehen.

Als zweites Förderinstrument ist ein Programm für bereits etablierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vorgesehen, das aber erst in einigen Monaten ausgeschrieben wird. Einzelheiten hierzu werden gerade erarbeitet. Im ersten Jahr, also 2007, stehen dem ERC übrigens 300 Millionen Euro, im zweiten dann 600 Millionen, im dritten 900 Millionen zur Verfügung, bis schließlich ein stationäres Gleichgewicht von etwas über einer Milliarde Euro pro Jahr erreicht ist.

Entscheidend bei der Auswahl dieser Instrumente war die Frage nach dem Mehrwert, den ein europäisches Instrument schaffen kann. Nicht nur ist das ERC in der Höhe seiner Mittel begrenzt. Wem „nur“ gut eine Milliarde Euro pro Jahr zur Verfügung stehen, der muss sich nach seiner möglichen Wirkung und Sichtbarkeit gegenüber den 20 Milliarden der nationalen Förderorganisationen fragen. Ein ERC darf auch die große Chance nicht verspielen, Dinge zu fördern, die, im Sinne einer richtig verstandenen Subsidiarität, auf nationaler Ebene oder durch die nationalen Förderorganisationen nicht gefördert werden oder gefördert werden können. „More of the same“, dies wäre wirklich ein Unglück. Mit seiner Förderung früher Selbständigkeit geht das ERC eine echte Schwäche Europas an, die uns im Vergleich beispielsweise zu den USA seit langem benachteiligt. Ähnliches gilt für die Förderung der allerbesten Wissenschaftler des Kontinents, die in der Regel in Europa nicht adäquat gefördert werden. Ausnahmen, wie die MPG, bestätigen nur die Regel.

Die große Frage, die viele von uns derzeit beschäftigt, ist die, ob und wie denn das ERC die Forschungs- und Forschungsförderlandschaft in Europa verändern wird. Ich meine, es wird dies ganz grundlegend tun. Auf den ersten Blick erweitert das ERC zunächst einmal nur das Angebot an Stellen für selbständige Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler. Österreichische Kandidatinnen und Kandidaten, denen national sogar ein Verfahren mit

gleichem Namen zur Verfügung steht, werden dasjenige Verfahren wählen, das am besten und am schnellsten reagiert. Die entscheidende Frage ist jedoch, für welchen Arbeitsplatz sich am Ende die vom ERC geförderten Kandidatinnen und Kandidaten entscheiden werden. Diejenigen Institutionen, die dabei eher schlecht abschneiden, müssen sich fragen, warum das so ist. Liegt es an Strukturschwächen im jeweiligen Umfeld, an der mangelnden kritischen Masse an Wissenschaftlern auf einem bestimmten Arbeitsgebiet, liegt es an den vergleichsweise geringen Zukunftsperspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs, insbesondere für Wissenschaftlerinnen, an gesetzlichen Auflagen, wie dem Stammzellgesetz oder den Gesetzen zur Grünen Gentechnik? Da kommt vieles zusammen.

Gedanken dieser Art machen sich auch die nationalen Förderorganisationen. Was wird wohl aus ihnen, wenn das ERC Erfolg hat, was ihm andererseits alle wünschen? Schon lange vor seiner Gründung gab es ein schwergewichtiges Argument gegen das ERC, nämlich die Angst, dass die Geldmenge für die Forschung insgesamt konstant bleibe, und dass das Geld für das ERC am Ende nur den anderen, also den nationalen Förderorganisationen weggenommen würde. In Frankreich hat man dieses Argument allerdings weggesteckt und in einer Art Vorwärtsstrategie das Gegenteil getan. Hier wurde vor gerade einmal zwei Jahren erst einmal eine neue, nationale Förderorganisation gegründet, das ANR, um die französischen Kolleginnen und Kollegen auf den europäischen Wettbewerb besser vorzubereiten. Ich selbst denke auch, dass die Politik gut beraten wäre, den Wettbewerb um Fördermittel, kaum aufgenommen, gleich wieder zu beenden. Monopole, auch in der Forschungsförderung, sind immer ein Nachteil, der Wettbewerb dagegen ein Los, das immer zieht. England und die USA machen es uns vielfach vor, Länder, in denen private Stiftungen der öffentlichen Forschung Konkurrenz machen.

In das System ist noch sehr viel mehr Bewegung geraten, als bislang beschrieben. In Deutschland gewinnt der Gedanke an eine Nationale Akademie der Wissenschaft an Fahrt, weil weltweit plötzlich die Meinung von Gelehrten wieder gefragt ist. Österreich gründet gerade eine neue Universität, das ISTA. Wie hat es doch Andrej Sacharow einmal ausgedrückt: „Die Zukunft kann wunderbar sein, oder überhaupt nicht stattfinden. Das hängt ganz von uns ab“. Das „alte“ Europa hat mit der Gründung des ERC gezeigt, wie jung es immer noch ist. Nun gilt es, die neue Institution mit Leben zu erfüllen.